

Die Wirtschaft greift die SVP frontal an

Im Streit um die 10-Millionen-Schweiz sagen die Dachverbände, die Partei wolle «die Arbeitsmigration vollständig abwürgen»



Wer darf rein? Die SVP will die Zuwanderungspolitik neu regeln, die Wirtschaft ist alarmiert.

ARDAN FUJESSMANN / IMAGO

FABIAN SCHÄFER, BERN

Es wäre ein Experiment, das wohl noch kein Land in dieser Konsequenz durchgeführt hat: Die SVP will in der Verfassung einen «Grenzwert» für die Bevölkerungsentwicklung festlegen. Die Schweiz dürfte die Zahl von 10 Millionen Einwohnern vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Geschieht dies doch – was anzunehmen ist –, müssten Bundesrat und Parlament «alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen» treffen, damit die Obergrenze wieder eingehalten wird. So verlangt es die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP, die voraussichtlich am 14. Juni an die Urne kommt. Am Mittwoch dürfte der Bundesrat den Abstimmungstermin definitiv festlegen.

Dass nicht nur alle anderen Parteien die Initiative ablehnen, sondern auch die Wirtschaft, versteht sich von selbst. Nun haben Economiesuisse und der Arbeitgeberverband ein neues Papier veröffentlicht, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Sie schlagen darin nicht nur einen ungewöhnlich scharfen Ton an und sprechen von einer «radikalen Chaos-Initiative». Sie bemühen sich auch, ihre Bedenken möglichst konkret zu benennen.

Vor allem eines betonen die beiden Dachverbände: Entgegen einer weitverbreiteten Annahme wolle die SVP nicht

einfach ein Kontingentsystem oder eine andere staatliche Steuerung der Zuwanderung einführen. Vielmehr fordere sie «einen starren Bevölkerungsdeckel».

Je nachdem, welches Szenario man für die Bevölkerungsentwicklung annimmt, könnte die Schweiz die 10-Millionen-Grenze bereits im Jahr 2034 überschreiten. Einzig im tiefen Szenario, das vor allem die SVP für unrealistisch hält, würde der Grenzwert bis 2050 nicht erreicht.

Gefahr für den bilateralen Weg

Die «Absurdität» der SVP-Initiative zeige sich vor allem im hohen Szenario, schreiben die Wirtschaftsverbände. Sollte die Schweiz den 10-Millionen-Grenzwert bereits 2034 erreichen, müsste die Politik ab diesem Zeitpunkt alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Vorgaben wieder einzuhalten. Der Initiativtext verlangt Massnahmen «im Asylbereich und beim Familiennachzug». In letzter Konsequenz müsste der Bund 2036 auch die Personenfreizügigkeit kündigen, was den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU als Ganzes infrage stellen würde.

Doch nicht einmal wenn die Politik diesen Auftrag rabiat umsetzen und von 2034 bis 2050 jede Nettozuwanderung unterbinden würde, würde dies im hohen Szenario ausreichen, um die

Vorgaben der Initiative einzuhalten. Gemäss den Auswertungen der Wirtschaftsverbände würde der Grenzwert selbst bei einem solchen Vorgehen dauerhaft überschritten.

Sie betonen zudem, was eine Nettozuwanderung von null in der Realität bewirken könnte. Es gehe dabei nicht nur um die Wirtschaft, die grosse Mühe hätte, Stellen weiterhin zu besetzen. Nach Auslegung der Verbände könnte die Initiative auch dazu führen, dass «ein Schweizer erst mit seiner ausländischen Partnerin in der Schweiz zusammenwohnen darf, wenn eine andere Person das Land verlässt». Mit ungeahnten Problemen müssten allenfalls auch Auslandschweizer rechnen, die in die Heimat zurückkehren möchten.

Die potenziellen Folgen der SVP-Initiative wären weniger gravierend, wenn man davon ausgeht, dass die Schweiz langsamer wächst. Im mittleren Szenario würde die Einwohnerzahl den 10-Millionen-Grenzwert erst 2042 erreichen. In diesem Fall müsste die Nettozuwanderung nicht auf null reduziert werden, um den Grenzwert einzuhalten. Gemäss den Berechnungen der Verbände dürften unter dem Strich noch knapp 13 000 Personen im Jahr zuziehen. Das würde jedoch kaum ausreichen, um zu verhindern, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Es sei denn, das Rentenalter würde erhöht.

Das Fazit der Wirtschaft: Bei Erreichen von 10 Millionen Einwohnern wäre es mit der SVP-Initiative «nicht mehr möglich, auch nur eine einzige zusätzliche ausländische Arbeitskraft in die Schweiz zu holen». Die Initiative wolle keine staatliche Steuerung, «sondern die Bevölkerungszahl deckeln und dadurch die Arbeitsmigration vollständig abwürgen».

Sinkende Steuereinnahmen

Die Folgen im Alltag laut den Arbeitgebern und Economiesuisse: Könnten Unternehmen in der Schweiz nicht mehr genug Angestellte rekrutieren, würden sie ihre Standorte ins Ausland verlagern oder dort ausbauen. Hierzulande könnten die Steuereinnahmen «massiv sinken», es gäbe «weniger hochwertige Arbeitsplätze», und Innovationen fänden vermehrt anderswo statt.

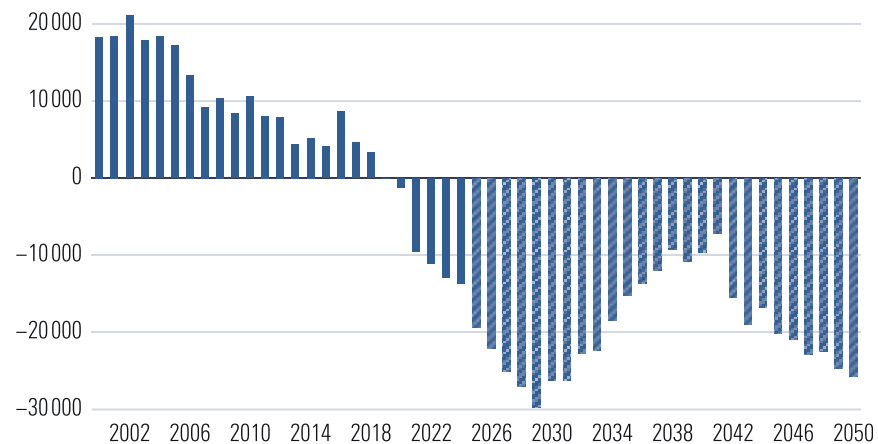
Damit nicht genug: Aus Sicht der Wirtschaft könnte eine konsequente Umsetzung der SVP-Initiative auch die Gesundheitsversorgung oder die Angebotsdichte des öffentlichen Verkehrs gefährden. Handwerker wären «kaum noch zu finden», und viele Restaurants und Geschäfte müssten die Öffnungszeiten verkürzen.

Damit nicht genug: Aus Sicht der Wirtschaft könnte eine konsequente Umsetzung der SVP-Initiative auch die Gesundheitsversorgung oder die Angebotsdichte des öffentlichen Verkehrs gefährden. Handwerker wären «kaum noch zu finden», und viele Restaurants und Geschäfte müssten die Öffnungszeiten verkürzen.

Der «Rentner-Boom» dauert länger, als viele meinen

Differenz zwischen 20-Jährigen und 65-Jährigen, gemäss Referenzszenario des Bundesamts für Statistik

Prognose (ab 2025)



Lesebeispiel: 2029 liegt die Zahl der Personen, die 20 Jahre alt werden, um 30 000 unter der Zahl jener, die 65-jährig werden.

QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

NZZ / fab.

terhin genügend Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren.

Noch eines betont die Wirtschaft: Nicht nur die Gesamtbevölkerung zähle, sondern auch die Grösse der einzelnen Generationen. Die Alterung schreitet voran, bevölkerungsstarke Jahrgänge gehen in Rente, die Lebenserwartung steigt. In dieser demografischen Situation sei die SVP-Initiative besonders ge-

Je nachdem, welches Szenario man annimmt, könnte die Schweiz die 10-Millionen-Grenze bereits im Jahr 2034 überschreiten.

fährlich: für den Arbeitsmarkt, die Sozialwerke und die Versorgungssicherheit.

In ihrem Papier zeigen die Verbände, dass die Trendwende bereits 2020 stattgefunden hat: Seither feiern in der Schweiz mehr Personen den 65. als den 20. Geburtstag. Jahr für Jahr übersteigt die Zahl der Menschen, die in Rente gehen, die Zahl jener, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Diese Entwicklung dürfte über 2050 hinaus anhalten – abhängig davon, von welchem Szenario man ausgeht. Umso grösser sind die Folgen, wenn die Zuwanderung stark gebremst oder unterbunden wird.